



Winter 2015/16

TUMULT

Vierteljahresschrift für Konsensstörung

DIE GROSSE EINWANDERUNG

Kurzschluss von Ökonomie und Hypermoral

DEUTSCHLAND SCHLARAFFENLAND

Auf dem Weg in die multitribale Gesellschaft

RASSISMUS, WAS IST DAS?

Zur Klärung eines inflationären Kampfbegriffs

STERBEHILFE ALS NORMALFALL

Das gemanagte Lebensende

ROLF PETER SIEFERLE

DEUTSCHLAND, SCHLARAFFENLAND

Auf dem Weg in die multitribale Gesellschaft

Zurzeit überschwemmt eine Migrationswelle von präzedenzlosem Umfang Europa. Millionen machen sich von der Peripherie auf, um in das gelobte Land zu gelangen. Europa ist von kollabierenden Staaten und von Gebieten mit geringem Hoffnungspotential umgeben. Die Bevölkerung Afrikas, die aktuell noch etwa eine Milliarde beträgt, wächst jährlich um etwa 3 %, also um 30 Millionen Menschen, von denen sich einige Millionen jährlich auf den Weg in ein erhofftes besseres Leben machen können. Wenn es nur 10 % des Zuwachses sind, so sind dies bereits 3 Millionen im Jahr. Hinzu kommen Migrationen aus den Bürgerkriegsgebieten des Nahen Ostens. Teile der Barrieren, die früher diese Wanderungen aufgehalten haben, sind verschwunden. Allein in Libyen sollen etwa eine Million Migranten darauf warten, einen Platz in einem der Boote zu finden, die sie auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer bringen.

Europa befindet sich in dieser Hinsicht in einer exzeptionellen Situation, was mit seiner geographischen Lage zu tun hat. Auch andere Industriezonen in der Welt sind von Zuwanderung bedroht, doch erreicht diese nirgendwo das europäische Ausmaß. Das südliche Amerika hat eine Bevölkerung von rund 400 Millionen, d. h. die Zahl der potentiellen Emigranten ist ungefähr ebenso groß wie die der Einwohner des nördlichen Amerika (USA und Kanada). In Europa ist diese Zahl dreimal so hoch (500 Mio. vs. 1500 Mio.). Die Landgrenze der USA gegenüber Mexiko ist relativ klein und kann relativ leicht gesichert werden, da es im Grunde nur ein Land gibt, von dem die Immigranten in die USA strömen können. In Europa ist dies ganz anders. Es ist physisch praktisch unmöglich, die Außengrenzen

abzuschirmen, und gerade in den Grenzgebieten in Nordafrika und im Nahen Osten finden sich immer mehr unberechenbare Staaten, auf deren Kooperation nicht gebaut werden kann.

Andere Industrieländer wie Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland befinden sich so weit von möglichen Herkunfts-orten entfernt, daß die Anreise von *boat people* sehr riskant und relativ leicht zu kontrollieren ist. Problematischer ist die Lage in den Schwellenländern Südostasiens (Thailand, Singapur, Vietnam etc.), die als Zielgebiete von Zuwanderern in Frage kommen. Andere Länder wie China oder Rußland sind schwer zu erreichen und bilden (noch) keine attraktiven Ziele. Es bleibt also Europa als der Raum, in dem der stärkste Einwanderungsdruck zu erwarten ist. Die Europäer müßten angesichts dieser Entwicklung erstarrt sein vor Schrecken. Sie stehen vor einer Völkerwanderung, die der in der Spätantike vergleichbar ist.

Weshalb wollen so viele Menschen in Länder wie Deutschland einwandern? Die Gründe dafür liegen auf der Hand: In diesem Land herrschen Wohlstand und Sicherheit, es gibt einen funktionierenden Rechtsstaat, es drohen keine Kriege oder Bürgerkriege, keine Seuchen, das Gesundheitssystem ist exzellent und gratis, die Arbeitslosigkeit ist gering, die sozialen Netze sind üppig ausgebaut – im Grunde handelt es sich um eine Art Schlaraffenland, und man muß schon ein sehr vernagelter Zeitgenosse sein, um das nicht zu erkennen. Die Gründe für die Einwanderung bzw. für den Wunsch danach sind leicht einzusehen.

Etwas schwieriger ist ein Verständnis der Gründe dafür, weshalb die Verhältnisse in Deutschland so viel besser sind

als etwa im Irak. Das war schließlich nicht immer so. Noch vor tausend Jahren war nicht klar, wo man besser lebte, und vor dreitausend Jahren war der Lebensstandard bzw. das zivilisatorische Niveau in Europa zweifellos niedriger als in Mesopotamien. Hier hat sich also in den letzten Jahrtausenden etwas drastisch geändert, und es fragt sich, was es war. Diese Frage ist zunächst identisch mit jener nach den Gründen für den »europäischen Sonderweg«, also danach, weshalb es Europa gelang, aus dem gemeinsamen Muster der agrarischen Zivilisationen auszubrechen und einen neuen Typus von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft hervorzubringen, der Wohlstand und Sicherheit für alle miteinander kombiniert. Wenn wir fragen, wie dies möglich war, so stoßen wir auf drei Faktorenkomplexe, die den Weg Europas in die rechtsstaatlich konstituierte Industriegesellschaft (oder »die Moderne«) verursacht haben: sie sind technisch-industrieller, kulturell-mentaler und politisch-institutioneller Natur. Was dabei welche Rolle spielte, ist eine außerordentlich schwierige Frage, und bis heute besteht in der Forschung keine Einigkeit darüber, was ausschlaggebend war. Sicher ist jedoch, dass sich in Europa in den letzten dreihundert Jahren ein Entwicklungsverlauf positiver Rückkopplung aufgebaut hat, deren Ergebnis wir in diesem Wunschziel »Schlaraffenland« vor uns haben.

So unbestritten es ist, daß die Dynamik der Entwicklung zur Industriegesellschaft von Europa ausgegangen ist, so offensichtlich ist es, daß die Nachahmung dieses Wegs in anderen Gebieten mit mehr oder weniger großem Erfolg betrieben wurde. Am einfachsten war dies in den neo-europäischen Kolonien (USA, Kanada, Australien, Neuseeland), die das europäische Muster problemlos übernahmen bzw. selbst Anteil an der Formierung dieses Musters hatten. Erfolgsmuster finden wir auch in Asien: in Japan, Südkorea, Taiwan, vermutlich früher oder später auch in Festlandchina und in Indien. Diese Länder haben keine autochthone Industrialisierung hervorgebracht, doch ist es ihnen in relativ kurzer Zeit gelungen, auf den Zug aufzuspringen. Andere Länder waren weniger erfolgreich, obwohl sie den europäischen Sonderweg aus nächster Nähe beobachten konnten. Dies gilt vor allem für Rußland, das seit dreihundert Jahren versucht, mit Europa Schritt zu halten, und das doch immer wieder in die alte Misere zurückfällt. Ähnlich verhält es sich mit dem Osmanischen Reich, von dem nur eine einzige Provinz wirklich erfolgreich war, nämlich Palästina/Israel, und zwar infolge der zionistischen Einwanderung

aus Europa. Es muß betont werden, daß hierfür nicht das Judentum entscheidend war. Wollte man (wie etwa Werner Sombart) den industriellen Kapitalismus auf die Juden zurückführen, müßte man dessen Entstehungsraum in Galizien suchen und nicht in England, wo es im 17. und 18. Jahrhundert noch kaum Juden gab.

Vom Stammesbewusstsein zur Industrienation

Wir stehen also vor dem Problem, daß eine erfolgreiche Industrialisierung offenbar auf bestimmten historischen, vor allem kulturellen und institutionellen Voraussetzungen beruht, die nicht leicht zu imitieren oder zu »konstruieren« sind. Die Menschen leben gerne im Schlaraffenland, deshalb drängt es sie zur Migration in die Industrieländer, denn irgend etwas hindert sie daran, dieses Schlaraffenland bei sich zuhause zu errichten. Offenbar ist die Immigration in ein bereits existierendes Schlaraffenland leichter als sein Aufbau im eigenen Land. Wieso ist dies der Fall? Wenn die Industrialisierung und Demokratisierung, die Einrichtung einer rechtsstaatlichen Ordnung und die Durchsetzung rationaler Denkmuster selbstverständliche Eigenschaften einer generellen »Modernisierung« der Welt sind – weshalb ist es dann so viel attraktiver, die Mühen der Migration auf sich zu nehmen, als sein eigenes Land diesem Vorbild der »Modernisierung« folgend umzugestalten? Der generelle Grund liegt natürlich darin, daß die modernisierungstheoretische Annahme falsch ist. Es war ein hoch unwahrscheinlicher, von vielen Kontingenzen geprägter Prozeß, der in den europäischen Ländern über Jahrhunderte hinweg Mentalitäten und Institutionen geschaffen hat, deren Ergebnisse wir heute in Gestalt der Prosperitäts- und Sicherheitszonen vor uns haben. Dieses Erfolgsmuster kann nicht ohne weiteres kopiert werden. Transfer von Technologie ist leicht, Transfer von Institutionen ist schwer, Transfer von kulturell-mentalenen Mustern ist praktisch unmöglich oder dauert jedenfalls sehr lang. Eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Voraussetzung der europäischen Entwicklung war die Zerschlagung von tribalen Strukturen durch die Staaten der frühen Neuzeit, was eine elementare Vorbedingung des Nationalstaats bildete, der zum institutionellen Zentrum der Industrialisierung im 19. Jahrhundert wurde. Der Nationalstaat löste die agrargesellschaftliche Dualität von lokaler Herrschaft und dynastischer Zentralität ab. Er zielte auf die Herstellung einer homogenen Einheit von Staatsvolk,

Staatsgebiet und Staatsgewalt, die sich von anderen Einheiten unterscheidet und abgrenzt. Die primäre Leistung des Nationalstaats bestand in der Zentralisierung der Herrschaft und der damit verbundenen Auflösung intermediärer Gewalten, also von Stämmen, Clans, Großfamilien, Personenverbänden und Klientelsystemen aller Art. Das Ideal des Nationalstaats als Rechtsstaat war die Staatsunmittelbarkeit des Individuums (»gleiches Recht für alle«) und die Durchsetzung eines staatlichen Gewaltmonopols mit ausdifferenzierten Erzwingungsorganen (Polizei, Armee).

Dieser Nationalstaat vereinheitlichte wichtige infrastrukturelle Elemente: Geld, Recht, Sprache, Verwaltung, Verkehrswesen, Staatsangehörigkeit (statt Gemeindebürgerrecht). Er wurde damit zum Dienstleister einer komplexen marktwirtschaftlich-industriellen Ökonomie, etwa auf dem Feld der Rechtspflege (Zivilprozeß statt Fehde). Um diese Leistungen erbringen zu können, mußte eine zentrale, von oben nach unten durchstrukturierte Verwaltung errichtet werden, die den Ansprüchen bürokratischer Rationalität genügte (gegen Korruption und Klientelwesen). Ein zentrales Element dessen war auch eine einheitliche, rechtsförmige und kalkulierbare Besteuerung.

Damit der dynastische Staat der Agrargesellschaft in den Nationalstaat umgewandelt werden konnte, war eine Delegitimierung des ersteren sowie eine vorgreifende Legitimierung des letzteren erforderlich. Dies geschah auf der Basis der Ideologie des Nationalismus. Dieser definierte als Identitätseinheit des Staates das »Volk« in seiner Doppelbedeutung von Demos und Ethnos. Der Nationalstaat wurde als »Volksstaat« verstanden, und dies konnte bedeuten »völkischer Staat« oder »demokratischer Staat« – oder beides zugleich. Die Ideologie des Nationalismus insistierte auf die Besonderheit des jeweiligen Volkes. Diese konnte in einem »horizontalen« Sinn als Element einer Pluralität humaner Ausprägungen verstanden werden (wie bei Herder) oder in einem »vertikalen« Sinn als Hierarchie, mit einem Herrenvolk an der Spitze und Knechtsvölkern an der Basis, wie in den klassischen Imperien.

Das Grundkonzept des Nationalismus lautete, daß die Welt von politischen Einheiten regiert werden sollte, die jeweils ethnisch homogene Gebiete kontrollieren. Hierbei handelte es sich um ein normatives Konzept, das zu einem Zeitpunkt entstand, als es nur geringen deskriptiven Wert besaß. Im 18. Jahrhundert gab es kaum ethnisch homogene »Nationen«. Dennoch gewann dieses Konzept eine erstaun-

liche präskriptive Kraft. Im 19. Jahrhundert galt die Existenz von Nationalstaaten als nichts weniger als natürlich, so daß politischen Entitäten, die sich nicht auf das Prinzip der Nation berufen konnten, eine schlechte Zukunft prognostiziert wurde. Im europäischen Kontext galt dies vor allem für Österreich-Ungarn, aber auch für Rußland und das Osmanische Reich – alles klassische »multiethnische« Imperien, deren Existenz niemals zuvor prinzipiell in Frage gestellt wurde. Die Ideologie des Nationalismus tendierte dazu, dem Nationalstaat quasitribale Züge zuzuschreiben. Der nationalistisch geprägte Nationalstaat verstand sich als Vertreter einer Abstammungseinheit, und er forderte von seinen Mitgliedern eine umfassende Loyalität, wie man sie sonst nur in Tribalgesellschaften kannte. Der Konflikt mit anderen Nationalstaaten nahm daher leicht »totale«, wenn nicht genozidale Züge an. Die daraus resultierenden Exzesse fanden vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts statt, aber die Möglichkeit dazu besteht überall, wo sich Nationen bilden. In dessen zweiter Hälfte ist aufgrund dieser Exzesse die Ideologie des Nationalismus unter den Eliten der fortgeschrittenen Länder anrüchig geworden, die in ihr (zu Recht) das Potential zur ethnischen Säuberung und zum Völkermord sehen. Hier hat daher eine ideologische Verschiebung vom »völkischen« zum »demokratischen« Akzent des »Volkes« stattgefunden.

Diese ideologische Akzentverschiebung des Volksstaats zur Demokratie hat die wichtige Implikation, daß diese zunehmend universalistisch begründet wurde, wiewohl sie *de facto* nach wie vor innerhalb exklusiver, partikularer, also nichtuniversalistischer Nationalstaaten organisiert ist. Allerdings gibt es zunehmend Versuche zur Etablierung übernationaler institutioneller Arrangements (wie der EU), deren Bausteine aber immer noch Nationalstaaten sind. Der Nationalstaat steht daher heute vor dem ideologischen Problem, daß seine primäre Legitimation, der Nationalismus, obsolet geworden ist, seine sekundäre Legitimation, der »demokratische« humanitäre Universalismus, aber mit seiner exklusiven Organisationsform nicht kompatibel ist. Hieraus entstehen Widersprüche und Paradoxien, die im politischen Spiel um die Macht programmatisch besetzt und ausgeschlachtet werden können.

Besonders deutlich wird dies in der zweiten institutionellen Ausprägung der Industriegesellschaft, dem Sozialstaat. Er ist die institutionelle Lösung eines Problems, das sich durch die Auflösung der Bürgergemeinden in den

Nationalstaat gestellt hat. In den europäischen Agrargesellschaften hatten die (genossenschaftlich organisierten) Gemeinden bestimmte Aufgaben der Daseinsvorsorge für ihre Mitglieder übernommen, die von den Familien nicht erbracht werden konnten, vor allem Armenpflege und Unterstützung in Notfällen. Mit der Industrialisierung wurde die Mitgliedschaft in einer Gemeinde zum Mobilitätshindernis und damit obsolet. Im Zuge der Einführung von Gewerbefreiheit und Freizügigkeit trat die Einwohnergemeinde an die Stelle der Bürgergemeinde, und die Gemeindebürgerschaft wurde zur Staatsbürgerschaft ausgeweitet. Da der Nationalstaat in größerem Maßstab ebenso exklusiv war wie die Bürgergemeinde, konnte er sich als deren Extension verstehen und als Sozialstaat konstituieren. Seine Leistungen, die seit dem späten 19. Jahrhundert immer weiter ausgedehnt wurden, kamen lediglich den eigenen Staatsbürgern zugute (wie dies bei der Bürgergemeinde analog ebenso der Fall war). In diesem Sinne waren beide exklusiv nach außen, aber inklusiv nach innen. Eben diese Relation von Exklusion und Inklusion definiert aber das problematische Wesen des (nationalen) Sozialstaats.

Der Sozialstaat steht heute nach dem Plausibilitätsverlust des Nationalismus vor dem Problem, daß er nur als Nationalstaat möglich ist, daß seine daseinsvorsorgende Inklusivität also *de facto* auf Exklusion beruht. Die offizielle Ideologie, mit deren Hilfe die Umverteilung im Sozialstaat begründet wird (aus Motiven der »Gleichheit« und »Gerechtigkeit«), ist jedoch universalistisch angelegt. Wenn der Sozialstaat seine Programme der »sozialen Gerechtigkeit« aber aus dem humanitären Universalismus begründet (»Menschenrechte«), kann der Verwirklichungsraum dieser Gerechtigkeitsprogramme schwerlich der exklusive Nationalstaat sein. Der Umverteilungssozialismus müßte sich als universalistische Ideologie auf den Weltstaat bzw. die Weltgesellschaft orientieren. Da diese in der Realität nicht existieren, müßte er Elemente der Globalisierung in den jeweiligen Nationalstaat/Sozialstaat aufnehmen, diese also etwa für jede Zuwanderung in die Sozialsysteme öffnen. Der Effekt wäre natürlich die Zerstörung des Sozialstaats, nicht aber dessen Universalisierung.

Der Sozialstaat befindet sich somit angesichts der Globalisierung mit ihrer umfassenden Mobilisierung von Produktionsfaktoren und Informationsströmen in der Defensive. Dieses Problem wird nun durch die Masseneinwanderung enorm verschärft, und es stellt sich die Frage,

ob er angesichts dessen noch Überlebenschancen hat. Ein Ausbau des Sozialstaats bei gleichzeitiger Öffnung der Grenzen für Immigranten ist zweifellos nicht nachhaltig. Es wäre so, als drehte man die Heizung auf und öffnete gleichzeitig die Fenster. Eine Reaktion darauf könnte darin bestehen, daß man im Sozialstaat ein Residuum des (als obsolet geltenden) Nationalstaats sieht und die Masseneinwanderung als Anlaß nimmt, ihn abzubauen. Dies wäre eine konsequente »liberale« Lösung: Eine völlige Faktormobilität impliziert auch eine völlige Freizügigkeit. Diese ist natürlich nur möglich, wenn der Staat sich auf seinen rechtsstaatlichen Kern zurückzieht und soziale Interventionen unterläßt (wie dies etwa in den USA im 19. Jahrhundert während der Masseneinwanderung aus Europa der Fall war). Allerdings läge dies nicht im Interesse der Unterschichten in den Sozialstaaten, die gegen eine solche Entwicklung »populistischen« Widerstand leisten würden.

Hier stellt sich also die generelle Frage, was die Immigration von Menschen aus gescheiterten bzw. nicht entwicklungsfähigen Staaten in den Zielländern anrichtet. Importieren sie ihr Scheitern in diese Gesellschaften? Zerstören sie dort die kulturellen und institutionellen Voraussetzungen der Industrialisierung, die sie in ihren Herkunftsländern nicht besaßen und nicht hervorbringen konnten?

Dies ist nicht leicht zu beantworten. Die Frage nach der historischen Entstehung der Industriegesellschaft ist nicht identisch mit der Frage nach den Bedingungen, unter denen eine Industriegesellschaft, die einmal existiert, weiterhin existieren kann. Selbst wenn z. B. die protestantische Ethik des Calvinismus eine wichtige Rolle bei der Genese des Kapitalismus gespielt haben sollte, wie es Max Weber vermutete, ist es doch unbezweifelbar, daß der Kapitalismus auch ohne diese Ethik existieren kann. Es mag also sein, daß die Genese des Schlaraffenlands (im Sinne der Destruktion agrargesellschaftlicher Muster) auf Voraussetzungen beruhte, die für seine Fortexistenz nicht mehr erforderlich sind. Das Schlaraffenland ist vielleicht kulturell strapazierbar, und eben darauf setzen diejenigen, die heute von »bunter Vielfalt« sprechen.

Aus schlichter ökonomischer Perspektive wird heute die Einwanderung nach Deutschland begrüßt, da man sich von ihr eine Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials verspricht, das durch die demographische Entwicklung gefährdet ist. Es handelt sich hierbei allerdings um eine stark verkürzte vulgärökonomische Argumentation, für die

nur Kapitalressourcen und Arbeitskräfte eine Rolle spielen. Die neuere Institutionenökonomie nimmt darüber hinaus aber auch »soziales« und »kulturelles« Kapital ins Visier, also immaterielle Faktoren, die zur Prosperität beitragen. Hierbei handelt es sich um die Bereitschaft zur Kooperation und Assoziation sowie um Einstellungen und Haltungen, deren Befolgung Kooperation und Vertrauen stärken. Dieses kulturelle Kapital beruht auf Überlieferung sowie auf der Eindeutigkeit der Gruppenzugehörigkeit.

In das Paket des kulturellen Kapitals, das für eine funktionierende demokratische, aufgeklärte und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft charakteristisch ist, gehören etwa die folgenden Elemente: Rechtsstaatlichkeit, Fairplay, Rechte des Individuums, Beschränkung der Staatsgewalt, Verbindung von Individualismus und Gemeinwohlorientierung, Meinungsfreiheit (inklusive Religionsfreiheit), Arbeitsethos, Orientierung am Fortschritt, Ausbildung von Vertrauen, Wertschätzung von Bildung und Erziehung. Diese Kombination bildet das kulturelle Erfolgsgeheimnis der avancierten Länder.

Die Gefährdung des kulturellen Kapitals

Ein wichtiges, wenn nicht das entscheidende Element des kulturellen Kapitals ist das Vertrauen. Es gibt, wie empirische Vergleiche verschiedener Länder zeigen, eine enge Korrelation zwischen dem Ausmaß von Vertrauen und der ökonomischen Effizienz. Das Maß des Vertrauens ist ein Maß der Zivilisiertheit und Leistungsfähigkeit. Im Jahr 2000 beantworteten 67 % der Dänen und 66 % der Schweden die Frage, ob man den meisten Menschen vertrauen könne, mit ja, aber nur 3 % der Brasilianer. Kooperationsbereitschaft und Vertrauen erleichtern den gesellschaftlichen Umgang, und im ökonomischen Sinn verringern sie die Transaktionskosten, was die Bereitschaft zur arbeitsteiligen Kooperation verstärkt.

Kulturelles Kapital kann durch Tradierung übertragen werden. Eine Kultur ist niemals homogen, und dies gilt insbesondere für die komplexen Gesellschaften der nationalstaatlichen Ära. Nicht alle Menschen, die einem »Volk« angehören, teilen sämtliche kulturellen Merkmale. Umgekehrt ist es immer in einem gewissen Umfang möglich, fremde Menschen zu assimilieren, d. h. mit dem kulturellen Kapital ihrer neuen Gesellschaft auszustatten, was auch als »Integration« verstanden werden kann. Allerdings gibt es

hierfür Grenzen des Umfangs und der Geschwindigkeit. Je größer die Zahl von Immigranten ist und je rascher sie immigrieren, desto geringer ist die Chance der Assimilation. Es besteht dann die Gefahr, daß die durch Immigration entstehende »multikulturelle Gesellschaft« kulturelles Kapital vernichtet, mit dem Effekt, daß sich die ethnisch und kulturell recht homogenen Industrieländer in multi-tribale Gesellschaften transformieren. Es ist dann sehr wahrscheinlich, daß in solchen Gesellschaften wichtige institutionelle und mental-kulturelle Voraussetzungen einer funktionierenden Industriestruktur zerstört werden. Elementare Vertrauensmuster verschwinden, was die Transaktionskosten ökonomischer Interaktionen enorm in die Höhe treiben kann. An die Stelle des Rechtsstaats mit seinem Gewaltmonopol kann dann wieder das Fehderecht treten. Wenn Konflikte auftreten, versucht man zunächst, diese innerhalb des eigenen tribalen Rahmens zu lösen, durch eigene Mediatoren, vielleicht aber auch durch Mobilisierung durchsetzungsstarker Verbündeter. Wenn dieser Prozeß einmal in Gang ist (und erste Ansätze dazu lassen sich in zahlreichen europäischen Großstädten beobachten), kann er sich leicht selbst verstärken und eine Eigendynamik entwickeln. Dann können sich (nach alten oder neuen Grenzen) immer mehr tribale Gruppen bilden, mit eigenem Steuersystem (Schutzgeld) und eigener Entscheidungskompetenz. Diese Gruppen treten zunächst in Konkurrenz zu dem überkommenen Rechtsstaat und seinen Polizeikräften. Am Ende wird dem »Staat« aber nichts übrigbleiben, als sich selbst nur noch als Stamm unter Stämmen zu verhalten. Für diejenigen Bürger, die keinem spezifischen Stamm mehr angehören, sondern auf den Rechtsstaat gesetzt hatten, wird dies fatal.

Wenn eine solche Bewegung in Gang kommen sollte, so hätten wir einen evolutionären Prozeß der Selbstzerstörung einer Industriegesellschaft vor uns: Eine bestimmte kulturelle Konstellation hat historisch den erfolgreichen Komplex »Industrialisierung und Moderne« erzeugt, doch hat dieser Komplex normative Merkmale des humanitären Universalismus entwickelt, die es ihm unmöglich machen, den Zuzug von Angehörigen fremder Kulturen zu regeln bzw. zu unterbinden. Eine solche Gesellschaft, die nicht mehr zur Unterscheidung zwischen sich selbst und sie auflösenden Kräften fähig ist, lebt moralisch über ihre Verhältnisse. Sie ist in normativem Sinne nicht »nachhaltig«. Durch Relativierung zerstört sie schließlich ihre kulturelle Identität, die Voraussetzung ihrer Leistungsfähigkeit war. Damit setzt

sie sich selbst ein Ende. Die europäischen Gesellschaften sind von dem Grundgedanken des Egalitarismus besessen. Dieses ideologische Muster produziert die Utopie der totalen materiellen Gleichheit, die gewissermaßen den naturalen Attraktionspunkt der menschlichen Existenz bildet. Ungleichheiten sind dagegen »unnatürlich«, sie gelten als bloße »soziale Konstrukte« und sind daher ohne weiteres zu rekonstruieren. Dies gilt für alle Dimensionen, also für Geschlecht, Rasse, Begabung, soziale Position etc. Aus dieser Perspektive eines universalistisch-egalitären Programms ist jede reale Ungleichheit schlechthin unerträglich. Die Konfrontation mit Leid, Armut, Unterdrückung, Elend und enttäuschten Hoffnungen löst daher Hilfsreflexe aus, von denen der einfachste (und »gesinnungsethischste«) lautet: »refugees welcome«, also Aufnahme von jedem und allen in Europa, mit Zugang zum gesamten Leistungspaket des Sozialstaats. Dieser Reflex beschränkt sich erstaunlicherweise nicht auf einige wenige humanitäre Extremisten, die das altbekannte »Herzklopfen für das Wohl der Menschheit« empfinden, sondern er durchdringt große Teile der Gesellschaft in den Wohlstandszonen, um so intensiver, je weiter die Erinnerung an eigene Not entfernt ist. Es ist erstaunlich zu beobachten, welche Hilfsbereitschaft den Migranten auf lokaler Ebene entgegengebracht wird und wie stark die Aufnahmereflexe nicht nur im medialen, sondern auch im politischen Bereich verbreitet sind.

Die Realpolitiker und Verwaltungen, die dann mit dem konkreten Vollzug der Hilfe zu tun haben, stehen dann ebenso vor einem Problem wie die Teile der Bevölkerung, die in der Massenimmigration die Gefahr einer Unterminierung der vertrauten sozialen und politischen Ordnung erblicken. Medial werden sie angegriffen und mit dem radikalen Gegenbegriff zum Egalitarismus, dem »Rassismus«, bedacht, der seit dem Nationalsozialismus natürlich extrem negativ konnotiert ist und der unzutreffend ist, da hier ja ethnisch-kulturelle und keine rassistischen Differenzen angesprochen werden. Viele Zeitgenossen ducken sich daher lieber weg, halten den Mund und hoffen, daß irgendwie der Kelch an ihnen vorübergeht.

Ist es wirklich möglich, daß eine Gesellschaft sich durch solche Prozesse der ideologischen Verwirrung selbst zerstört? Ich denke, ja. Kulturen und Ideologien sind machtvolle Kräfte. Menschen sprengen sich für Allah in die Luft. Warum sollten sie nicht eine Sozialordnung zerstören, die sie ebenso wenig verstehen, wie sie diese

lieben? Der Sozialstaat wird von den meisten Menschen als selbstverständlich angesehen, ebenso wie der Rechtsstaat. Daß beide dies nicht sind, sondern auf sehr fragilen und unwahrscheinlichen Grundlagen beruhen, wird man erst begreifen, wenn sie verschwunden sind, d. h. wenn eine neue multitribale Struktur sie verdrängt hat. Vielleicht ist der Untergang Europas dann ein Lehrstück für andere industrialisierte Zivilisationen (wie China), und vielleicht werden die letzten Europäer in Übersee Zuflucht suchen.

Betrachten wir diesen Vorgang abschließend aus kühler universalgeschichtlicher Perspektive. Vor mehr als 60.000 Jahren haben die Menschen Afrika verlassen und sich allmählich über die ganze Erde ausgebreitet. Dies war ein Prozeß der Diffusion, in dem sich zahlreiche separate Völker mit eigenen Kulturen gebildet haben, die zum Teil über sehr lange Zeiträume hinweg keinerlei Kontakt miteinander hatten. Dieser Trend hat vor etwa 5.000 Jahren eine erste Umkehr erfahren, als die agrarischen Zivilisationen begannen, größere Reiche zu bilden und Fernhandel zu treiben. Vor 500 Jahren wurde dies durch die europäischen Seefahrer noch einmal drastisch beschleunigt, und seit etwa 200 Jahren stehen im Prinzip alle Menschen miteinander in Kontakt. Der Prozeß der Globalisierung, der seit wenigen Jahrzehnten in Gang ist, hat die Mobilität von Informationen, Gütern und auch Menschen noch einmal enorm ausgeweitet, und heute können wir eine Zukunft ins Visier nehmen, in der das Abstraktum »Menschheit« reale Gestalt angenommen hat.

Dieser Prozeß der Universalisierung und Globalisierung ist wohl unvermeidlich, und die »Völker«, die die Geschichte der letzten Jahrtausende geprägt haben, werden letztlich von ihm verschlungen werden. Wir sollten uns aber darüber im klaren sein, daß dies mit zahlreichen schmerzlichen Friktionen verbunden sein wird. Viele Deutsche möchten heute gerne als Volk verschwinden, sich in Europa oder in die Menschheit auflösen. Andere Völker werden aber heftig Widerstand gegen eine solche Aussicht leisten. Harmonisch wird dies alles nicht abgehen, zumal einzelne Kulturen versuchen werden, bei dieser Gelegenheit ihre tradierten Muster universell durchzusetzen, sei es in Gestalt der westlichen »Menschenrechte«, sei es in Gestalt des islamischen »Dschihad« oder was auch immer. Die Immigrationskrise, in der wir uns aktuell befinden, ist daher vielleicht nur der Vorbote umfassenderer Konvulsionen, in denen alles untergehen wird, was uns heute noch selbstverständlich scheint.